

Letzgus | Prätzler | Amedov | Babel | Buschermöhle
Gebhardt | Klingenberg | Krome | Lessig | Ley | Lux
Röller | Roß-Kirsch | Thomas | Tigges

Brexit-Handbuch für Unternehmen und Berater

Steuerrecht – Zollrecht – Gesellschaftsrecht –
Soziale Sicherheit – Arbeits- und Aufenthaltsrecht

2. Auflage



SCHÄFFER
POESCHEL


pwc

Hinweis zum Urheberrecht:

Alle Inhalte dieses eBooks sind urheberrechtlich geschützt.

Bitte respektieren Sie die Rechte der Autorinnen und Autoren, indem sie keine ungenehmigten Kopien in Umlauf bringen.

Dafür vielen Dank!

Brexit-Handbuch für Unternehmen und Berater

SCHÄFFER
POESCHEL **myBook**

Ihr Online-Material zum Buch

Für den praktischen Einsatz finden Sie als kostenloses Zusatzmaterial im Online-Bereich Checklisten als Arbeitshilfen.

So funktioniert Ihr Zugang

1. Gehen Sie auf das Portal sp-mybook.de und geben den Buchcode ein, um auf die Internetseite zum Buch zu gelangen.
2. Oder scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Smartphone oder Tablet, um direkt auf die Startseite zu kommen.

Den Link sowie Ihren Zugangscode finden Sie am Buchende.

Letzgus/Prätzler/Amedov/Babel/Buschermöhle/Gebhardt/Klingenberg/
Krome/Lessig/Ley/Lux/Röller/Roß-Kirsch/Thomas/Tigges

Brexit-Handbuch für Unternehmen und Berater

Steuerrecht – Zollrecht – Gesellschaftsrecht –
Soziale Sicherheit – Arbeits- und Aufenthaltsrecht

2. Auflage

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de/> abrufbar.

Print: ISBN 978-3-7910-5213-7 Bestell-Nr. 17207-0002

ePub: ISBN 978-3-7910-5214-4 Bestell-Nr. 17207-0101

ePDF: ISBN 978-3-7910-5215-1 Bestell-Nr. 17207-0151

Letzgas/Prätzler/Amedov/Babel/Buschermöhle/Gebhardt/Klingenberg/Krome/Lessig/Ley/
Lux/Rölller/Roß-Kirsch/Thomas/Tigges

Brexit-Handbuch für Unternehmen und Berater

2. Auflage, August 2021

© 2021 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH

www.schaeffer-poeschel.de

service@schaeffer-poeschel.de

Bildnachweis (Cover): ©ktsdesign, shutterstock

Produktmanagement: Rudolf Steinleitner

Lektorat: Petra Bandl

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Vervielfältigung, des auszugsweisen Nachdrucks, der Übersetzung und der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, vorbehalten. Alle Angaben/Daten nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit.

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Ein Unternehmen der Haufe Group

Für Bücher mit Online-Angebot gilt: Die Inhalte auf unserem Online-Angebot stehen für 12 Monate nach Einstellen bzw. Abverkauf des Buches, mindestens aber für zwei Jahre nach Erscheinen des Buches, zur Verfügung. Einen Anspruch auf Nutzung darüber hinaus besteht nicht.

Sofern diese Publikation bzw. das Online-Angebot Links auf Webseiten Dritter enthalten sollte, so übernehmen wir für deren Inhalte und die Verfügbarkeit keine Haftung. Wir machen uns diese Inhalte nicht zu eigen und verweisen lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung.

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage unseres Brexit-Kompandiums vor einem Jahr ist viel passiert: Die Pandemie verdrängte phasenweise alle anderen Themen in den Hintergrund. Immerhin ist es – wiederum in der letzten Minute – gelungen, einen harten Brexit ohne eine über Standards der Welthandelsorganisation WTO hinausgehende Regelung zu vermeiden. Allerdings regelt das Handels- und Kooperationsabkommen trotz seines beachtlichen Umfangs von fast 1.500 Seiten längst nicht alles. Seine Praxistauglichkeit, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zwischen Nordirland zur EU einerseits und zu Großbritannien andererseits, aber beispielsweise auch im Bereich der Wettbewerbsregeln und ihrer Durchsetzbarkeit, muss sich erst erweisen. Dass Großbritannien sich zumindest in wirtschaftlichen Fragen nicht mehr nur oder primär als europäischer Spieler sieht, lässt sich auch daran ablesen, dass man sich nunmehr stärker auf OECD-Regeln bezieht, auch wenn diese hinter den Vorgaben des EU-Rechts zurückbleiben, und sich gleichzeitig verstärkt um den Abschluss von Handelsabkommen mit anderen wichtigen Volkswirtschaften (wie den USA) bzw. um die Einbeziehung in andere bestehende Freihandelsabkommen (wie das sog. Transpazifische Abkommen) bemüht. Die Welt hat sich aber auch sonst stark verändert: In den USA gibt es eine neue Bundesregierung und geänderte Mehrheitsverhältnisse im Kongress. Dies gibt auch den in den letzten Monaten intensivierten Bemühungen zur Schaffung einer neuen internationalen Steuerordnung wieder neue Perspektiven.

Nachdem der im Anschluss an den formalen Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU am 31.01.2020 in Gang gesetzte elfmonatige Übergangszeitraum Ende des Jahres 2020 abgelaufen ist, gelten im Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU neue Regeln. Dies sind zunächst diejenigen des Handels- und Kooperationsabkommens. Soweit dieses keine Regelungen trifft, leben entweder bilaterale Abkommen der einzelnen EU-Staaten mit dem VK wieder auf oder es gelten »lediglich« noch globale Standards wie etwa die WTO-Regeln.

In der zweiten Auflage waren zunächst die Erläuterungen zur Koordinierung der sozialen Sicherheitssysteme (Kapitel F) völlig neu zu schreiben. Auch das Kapitel zu Mitarbeiterentsendungen wurde grundlegend überarbeitet. Schließlich haben wir erstmals auch ein Kapitel zu Änderungen im Bereich des Aufenthalts- und Arbeitsrechts (Kapitel G) aufgenommen. Im Bereich Zölle (Kapitel I) und vor allem Nordirland (Kapitel J) waren auch größere Anpassungen aufgrund des Handels- und Kooperationsabkommens und der Sonderregelungen für Nordirland erforderlich. In den übrigen Kapiteln gab es nur wenige Brexit-spezifische Neuregelungen seit der ersten Auflage. Allerdings sorgte der deutsche Gesetzgeber dafür, dass einige der in den letzten Jahren neu eingeführten Brexit-bezogenen Regelungen durch Neuregelungen überlagert, wenn nicht gar bereits wieder abgeschafft wurden. Die zugrunde liegenden Gesetzgebungsverfahren wurden erst kurz vor Drucklegung abgeschlossen und werden an den entsprechenden Stellen im Kapitel C (direkte Steuern) jeweils angesprochen.

Ist damit nun alles klar? Nein, aber einige Weichen sind nun gestellt. Vor allem aber sind die »Post-Brexit«-Regeln seit Beginn des Jahres bereits anwendbar. Wer sie nicht berücksichtigt, den kann – in Abwandlung einer berühmten anderen Äußerung – »das Leben« bzw. der Wettbewerb »bestrafen«. Den Praxistest muss das neue Verhältnis zwischen dem VK und der EU erst noch bestehen, und zwar nicht nur, aber auch, was den besonderen Status von Nordirland anbetrifft. Man könnte die vorliegende zweite Auflage daher auch mit dem Untertitel »Brexit is done – is Brexit done?« versehen.

In diesem Sinne wünschen wir dem geeigneten Leser eine anregende Lektüre, viele neue Erkenntnisse und eine erste praktische Hilfe bei den hier erläuterten rechtlichen und steuerlichen Herausforderungen, denen sich derzeit viele Unternehmen und deren Berater stellen müssen.

Frankfurt, im Juni 2021

Christof Letzgus und Robert Prätzler

Vorwort zur ersten Auflage

Als überzeugte Europäer trauten wir unseren Augen und Ohren kaum, als im Juni 2016 die an dem von Premierminister Cameron einberufenen Referendum teilnehmende Bevölkerung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der EU votierte. Damit wollte erstmals ein EU-Mitgliedstaat die Gemeinschaft wieder verlassen, ein nie zuvor gekannter Vorgang, mit dem alle Beteiligten und Betroffenen umzugehen lernen mussten. Dieser Lernprozess ist längst nicht abgeschlossen, da die eigentliche rechtliche »Statusänderung« noch bevorsteht. Die britischen Industrieverbände warnten frühzeitig eindringlich vor den Auswirkungen der Entscheidung auf die britische Volkswirtschaft, indes ohne sichtbare Auswirkung auf das tief gesplante öffentliche Meinungsbild und politische Entscheidungen. Das Mantra von der ur-demokratischen Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung prägte die Regierungspolitik sowohl unter Theresa May nach dem Rücktritt von Premier Cameron im Anschluss an das Referendum vom 23. Juni 2016 als auch seit Sommer 2019 unter Leitung von Premierminister Boris Johnson. Dieser sprach sogar von einer »Do or die«-Entscheidung, den Austritt so rasch wie möglich zu vollziehen.

Als der Schäffer-Poeschel Verlag mit dem Vorschlag auf uns zukam, ein Praktiker-Handbuch zum Brexit zu verfassen, waren gerade die letzten Versuche der Regierung unter Führung von Theresa May gescheitert, eine Unterhaus-Mehrheit für das von ihr mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen herzustellen. Nicht überraschend konnte angesichts der damals bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament keine Lösung mehr erzielt werden. Das Ergebnis der Europawahl vom Mai 2019 ist bekannt: Ausgerechnet die Brexit-Partei erhielt in dieser letzten Wahl unter Beteiligung des Vereinigten Königreichs dort die meisten Stimmen und Sitze.

In dieser Zeit erschien die Anfrage des Verlags ein wenig wie ein »Himmelfahrtskommando«, da niemand vorhersehen konnte, ob und bis wann welche Lösung erzielt werden könnte. Uns war aber schnell klar, dass wir dieses Wagnis eingehen wollten und mussten, weil die betroffenen Unternehmen und ihre Berater aufgrund der vielen Unsicherheiten und dem drohenden »No-Deal«-Szenario dringend nach Orientierungsplanken und Hilfestellung im Umgang mit den praktischen Herausforderungen suchten. Ermutigt wurden wir dabei auch durch die vorbildliche Information unserer Kolleginnen und Kollegen bei PwC UK sowie durch gemeinsame Brexit-Initiativen mit PwC UK und innerhalb von PwC Europe.

Seit dem 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich nun endgültig aus der EU ausgetreten. Dies ist ein wichtiger Meilenstein und angemessener Zeitpunkt, um einen Überblick über die aktuelle Rechtslage und das, was ohne die Vereinbarung neuer Bedingungen für das künftige Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zu erwarten ist, zusammenzustellen. Denn die Gefahr eines Ausstiegs ohne »Deal« ist bei weitem nicht gebannt. Wie schon während der Austrittsverhandlungen gibt es immer noch einen großen Unterschied zwischen Entscheidungsautonomie und Binnenmarkt bzw. einer auf EU-Seite befürchteten »Rosinenpickerei« zu

Lasten der verbliebenen EU-Mitgliedstaaten. Bereits vor Beginn der offiziellen Verhandlungen in der ersten Märzwoche dieses Jahres bekräftigten beide Verhandlungsseiten publikumswirksam ihre jeweiligen »roten Linien«, die keinesfalls zu überschreiten seien. Eine dauerhafte Lösung für Nordirland, die über die im Austrittsabkommen vom Oktober 2019 vereinbarte Übergangslösung hinausreicht (die im Übrigen auch noch ihrer praktischen Umsetzung harrt), steht ebenfalls noch aus. Der Verhandlungszeitraum beträgt derzeit nur noch gut neun Monate und wird bei Erscheinen dieses Buches noch weiter geschrumpft sein. Eine Verlängerung dieser Frist, die nach derzeitiger Rechtslage bis spätestens Juni 2020 beantragt werden müsste, erscheint keineswegs gesichert. Die Verlängerungsoption wird bislang nur von der EU-Seite hervorgehoben, während der britische Premierminister keine Gelegenheit versäumt zu betonen, dass er keinesfalls zu einer derartigen Verlängerung bereit sei. Deshalb ist damit zu rechnen, dass, wenn es überhaupt noch rechtzeitig zu einem »Deal« kommen sollte, dieser eher allgemeiner Natur sein wird und viele Detailfragen noch klärungsbedürftig bleiben werden.

Wir danken dem Verlag und insbesondere Herrn Rudolf Steinleitner für die stets wohlwollende und motivierende Begleitung sowie Frau Claudia Lange und Frau Petra Bandl für Ihre Geduld und freundliche Unterstützung in allen administrativen und redaktionellen Dingen. Darüber hinaus möchten wir uns bei zahlreichen Kolleginnen bei der PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie bei der PwC Legal AG ebenso wie bei den Kolleginnen und Kollegen bei PwC UK und in weiteren Mitgliedsfirmen des globalen PwC-Netzwerks für ihre wertvollen Hinweise bedanken, insbesondere Lucy Redding, Katherine Saunders, Aiden Coleman, Kavita Chana, Andrew Gray, Emily Khan, Catherine Turnbull-Hall sowie Jan-Willem Thoen.

Wir wünschen unseren Lesern eine anregende Lektüre und freuen uns über fachliche wie auch praktische Anregungen aus deutscher, britischer oder EU- bzw. EWR-Sicht.

Frankfurt, im März 2020
Christof Letzgus und Robert Prätzler

Autorenverzeichnis

Christof K. Letzgas, Rechtsanwalt und Steuerberater, Partner Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Robert Prätzler, Steuerberater, Partner Indirect Tax Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Aleksandra Amedov, Steuerberaterin, Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München.

Carolin Babel, Rechtsanwältin, Senior Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Ulrich Buschermöhle, Rentenberater, Director People & Organisation, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart.

Dr. Ronald Gebhardt, Steuerberater, Senior Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg.

Manuel Klingenberg, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft.

Dirk Krome, Rechtsanwalt und Steuerberater, Senior Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, Stuttgart.

Tobias Karl Lessig, Rechtsanwalt und Steuerberater, Senior Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Christoph Ley, Rechtsanwalt und Steuerberater, Senior Associate Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Michael Lux, Rechtsanwalt, spezialisiert auf Zoll- und Umsatzsteuerrecht, ehemaliger Referatsleiter in der EU-Kommission, Generaldirektion Steuern und Zollunion.

Kai-Thorsten Röller, Rechtsanwalt und Steuerberater, Senior Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Nadja Simone Roß-Kirsch, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Manager Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, Frankfurt am Main.

Ulrike Thomas, Steuerberaterin, Senior Manager, Baker Tilly Steuerberatungsgesellschaft mbH & Co. KG, München.

Stephanie Tigges, Steuerberaterin, Director Tax and Legal Services, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf.

Bearbeiterübersicht

Teil A: Christof K. Letzgun

Teil B: Dirk Krome

Teil C: Abschnitt 1 (Einführung) Christof K. Letzgun
Abschnitt 2 (Outbound) Christof K. Letzgun, Dr. Ronald Gebhardt
Abschnitt 3 (Inbound) Christof K. Letzgun, Tobias Karl Lessig

Teil D: Thorsten Röller, Carolin Babel, Christoph Ley

Teil E: Ulrich Buschermöhle

Teil F: Aleksandra Amedov, Ulrike Thomas, Stephanie Tigges

Teil G: Manuel Klingenberg (Aufenthaltsrecht), Nadja Simone Roß-Kirsch (Arbeitsrecht)

Teil H: Robert Prätzler

Teil I: Robert Prätzler

Teil J: Michael Lux

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	7
Autorenverzeichnis	9
Bearbeiterübersicht	10
Abkürzungsverzeichnis	25
Teil A Allgemeiner Teil	31
1 Vorbemerkung	33
2 »Get Brexit done!«	35
3 Was bisher geschah oder wie konnte das passieren?	37
3.1 Referendum vom 23.06.2016	37
3.2 Austrittsgesuch und Neuwahlen	37
3.3 Erste Verhandlungsphase (2017)	38
3.4 Zweite Phase der Verhandlungen (2018)	38
3.5 Erste Fristverlängerung – Scheitern der Regierung May (2019)	39
3.6 Dritte Verhandlungsphase mit weiterer Fristverlängerung (Boris Johnson) – Austrittsabkommen	40
3.7 Vierte Verhandlungsphase – Handels- und Kooperationsabkommen	40
4 Künftiger rechtlicher Status Großbritanniens	43
4.1 EU vs. EWR und EFTA	43
4.2 Was ändert sich im Verhältnis zu Großbritannien?	44
5 Wie bereitete sich Deutschland vor?	47
5.1 Umwandlungsrecht	47
5.2 Brexit-Übergangsgesetz und widersprüchliche Praxis des BZSt	47
5.3 Brexit-Steuerbegleitgesetz	48
6 Reihenfolge der Darstellung	51

Teil B	Gesellschaftsrecht	53
1	Rechtslage bis zum Brexit	55
1.1	Einführung	55
1.2	Sitztheorie vs. Gründungstheorie	56
1.2.1	Strenge Sitztheorie	56
1.2.2	Britische Sichtweise: Gründungstheorie	57
1.2.3	Deutsche Sichtweise: Europäische Gründungstheorie bzw. modifizierte Sitztheorie	57
1.3	Geltung des Art. 50 Abs. 3 EUV	60
2	Rechtslage nach dem Brexit	63
2.1	Britische Sichtweise	63
2.2	Deutsche Sichtweise	64
2.2.1	Rechtslage seit Ablauf des Übergangszeitraums	64
2.2.1.1	Im Vereinigten Königreich gegründete Gesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland	64
2.2.1.2	In Deutschland gegründete Gesellschaften mit Verwaltungssitz im Vereinigten Königreich	66
2.2.2	Rechtslage gemäß Austrittsabkommen aus dem Jahr 2019	66
3	Grenzüberschreitende Strukturierungen bis zum Brexit	69
3.1	Verlegung des Verwaltungssitzes	69
3.2	Grenzüberschreitende Verschmelzung	70
3.3	Gründung einer SE	71
3.4	Grenzüberschreitender Formwechsel/Sitzverlegung	72
3.5	Exkurs: Das Company Law Package	76
4	Die Zeit nach dem Brexit	77
4.1	Strukturierungen nach dem Brexit	77
4.1.1	Keine Anwendung der Niederlassungsfreiheit mehr	77
4.1.2	Anwendung des sekundären Gemeinschaftsrechts	77
4.1.3	Übergangsregelung in Deutschland zu grenzüberschreitenden Verschmelzungen	78
4.1.4	Grenzüberschreitender Formwechsel	79
4.1.5	SE, United Kingdom Societas	79
4.1.6	Asset Deal	80
4.1.7	Grenzüberschreitende Anwachsung	81
4.1.8	Auseinanderfallen von Satzungs- und Verwaltungssitz	82
4.2	Ausblick	83
5	Checkliste	85

Teil C	Direkte Steuern	87
1	Einführung	89
1.1	Übergang vom EU-Staat zum »Drittstaat«	89
1.1.1	Primärrecht (AEUV/EWRA)	89
1.1.2	Sekundärrecht/EU-Rats-Richtlinien	90
1.1.3	Umsetzung in nationales Recht	92
1.1.4	Vorsorgemaßnahmen des nationalen Gesetzgebers	92
1.1.4.1	Brexit-Übergangsgesetz (Brexit-ÜG)	93
1.1.4.2	Brexit-Steuerbegleitgesetz (Brexit-StBG)	94
1.1.4.3	Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes	95
1.1.4.4	Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz	95
1.2	Aufbau der weiteren Darstellung zu den Auswirkungen des Brexits im Bereich der direkten Unternehmenssteuern	95
2	Wesentliche Auswirkungen auf deutsche Investitionen in Großbritannien (Outbound-Strukturen)	97
2.1	Unmittelbare transaktionsbezogene Auswirkungen	97
2.1.1	Unmittelbare ertragsteuerliche Auswirkungen des Brexits in Outbound-Strukturen	97
2.1.2	Anknüpfung transaktionsbezogener Ertragsteuerregelungen an Ansässigkeit oder Zugehörigkeit zu einem Mitgliedstaat der EU oder des EWR	97
2.1.2.1	Anwendung des UmwStG auf praxisrelevante künftige Outbound-Umwandlungen nach UK	98
2.1.2.2	Nachgelagerte Umwandlung im Vereinigten Königreich und AStG	105
2.1.2.3	(Weitere) »aktive« Entstrickungstatbestände	112
2.1.2.4	Dividenden und Einlagenrückgewähr	118
2.1.2.5	»Passive« Entstrickungsfälle »qua Brexit«?	127
2.2	Laufende Besteuerung – Einzelfälle	133
2.2.1	§§ 14 Abs. 1 und 17 Abs. 1 KStG	134
2.2.2	§ 8 Abs. 2 AStG	138
2.2.3	Passive UK-Betriebsstätten	144
2.3	Verluste	145
2.3.1	UK-Betriebsstätten	145
2.3.2	UK-Tochtergesellschaften	146
2.3.2.1	Verluste der UK-Tochtergesellschaft	146
2.3.2.2	Mit der Beteiligung in Zusammenhang stehende Verluste	146
2.4	Verrechnungspreise	147
2.4.1	Funktionsverlagerung	147
2.4.2	Laufende Verrechnungspreise, Finanzierungsbeziehungen	149

2.5	Meldepflichten	150
2.5.1	Anzeige einer Erwerbstätigkeit nach § 138 AO	150
2.5.2	Erstreckung auf in die Herstellung der Drittlandsbeziehung involvierter Finanzdienstleister (§ 138b AO)	152
2.5.3	§§ 138d ff. AO (»DAC6«)	152
2.6	Checkliste	153
3	Wesentliche Auswirkungen für Investitionen aus Großbritannien in Deutschland (Inbound-Strukturen)	155
3.1	Unmittelbare transaktionsbezogene Auswirkungen	155
3.1.1	Unmittelbare ertragsteuerliche Auswirkungen des Brexits	155
3.1.1.1	Anwendung des UmwStG auf praxisrelevante künftige Inbound-Umwandlungen	155
3.1.1.2	Wegzugsfälle im Rahmen der beschränkten Steuerpflicht (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. e Doppelbuchst. aa EStG)	161
3.1.1.3	»Passive« Entstrickungsfälle »qua Brexit«?	162
3.1.2	Quellensteuern	167
3.1.2.1	Fortgeltung der Mutter-Tochter-Richtlinie/Zins- und Lizenz- Richtlinie während des Brexit-Übergangszeitraums bis 31.12.2020	167
3.1.2.2	Anwendung des DBA Deutschland-Vereinigtes Königreich und nationale Vorschriften	168
3.2	Auswirkungen auf die laufende Besteuerung	178
3.2.1	Auswirkungen auf bestehende und künftige Organschaften	178
3.2.1.1	Persönliche Voraussetzungen des Organträgers	178
3.2.1.2	Bilanzierungsfehler im Rahmen der tatsächlichen Durchführung.	180
3.2.2	Verrechnungspreise	181
3.2.3	DBA-rechtliche Bestimmungen (Revisionsprotokoll vom 12.01.2021)	183
3.3	Checkliste	183
Teil D	Grunderwerbsteuer	187
1	Einleitung	189
1.1	Zivilrechtlicher Hintergrund mit Grunderwerbsteuerlichem Bezug	189
1.2	Geregelter Brexit/Übergangszeitraum	189
1.3	Ungeregelter Brexit/Ablauf des Übergangszeitraums	190
1.3.1	Alleingesellschafter	190
1.3.2	Mehrere Gesellschafter	191
2	Gesetzgeberische Reaktionen	193
2.1	Besondere Ausnahmen von der Besteuerung, § 4 GrEStG	193
2.2	Steuervergünstigungen bei Umstrukturierungen im Konzern, § 6a GrEStG	194

3	Erwerbsvorgänge im Einzelnen	197
3.1	Erwerbsvorgang nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 GrEStG	197
3.2	Erwerbsvorgang nach § 1 Abs. 2 GrEStG	198
3.3	Beteiligungen an grundbesitzenden Gesellschaften	199
3.3.1	Beteiligung der Limited an grundbesitzender Personengesellschaft, § 1 Abs. 2a GrEStG Gesellschafterwechsel	199
3.3.1.1	Limited mit Alleingesellschafter ist mit mindestens 95 % an der Personengesellschaft beteiligt	199
3.3.1.2	Mehrere Gesellschafter der Limited	200
3.3.1.3	Beteiligungen der Limited an einer Personengesellschaft von unter 95 %	200
3.3.2	Limited mit mindestens 95 % Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die inländischen Grundbesitz hält, § 1 Abs. 3 GrEStG Anteilsvereinigung	201
4	Gesetzesänderungen bei der Grunderwerbsteuer treten zum 01.07.2021 in Kraft	203
5	Steuervergünstigungen	205
5.1	§§ 5 und 6 GrEStG	205
5.1.1	Homogene Formwechsel	206
5.1.2	Heterogene Formwechsel	206
5.2	§ 6a GrEStG	208
5.3	Die Anwendung von § 6a GrEStG nach dem Brexit	208
5.4	§ 7 Abs. 2 GrEStG	210
6	Weitere einzelne Vorschriften	211
7	Checkliste für Limited mit Verwaltungssitz in Deutschland	213
Teil E	Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU	215
1	Grundlagen der Systemkoordinierung	217
2	Auswirkungen des Austritts auf die Anwendbarkeit des koordinierenden Sozialrechts	219
3	Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich	221
3.1	Regelungen für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	221
3.2	Arbeitgeber und Erwerbstätige	222
3.2.1	Sachlicher Geltungsbereich	222
3.2.2	Territorialitätsprinzip im Rahmen der europarechtlichen Vorschriften	223

3.2.3	Entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	224
3.2.4	Sonstige Berufsgruppen	225
3.2.5	Gewöhnlich in mehreren Staaten Beschäftigte	225
3.2.6	Ausnahmevereinbarungen	226
Teil F	Problemfelder und Herausforderungen im Bereich der Mitarbeiterentsendung nach dem Brexit	227
1	Einführung	229
2	Internationales Steuerrecht	231
2.1	Die Regelungen des Doppelbesteuerungsabkommens – wichtige Grundsätze für international tätige Arbeitnehmer	231
2.1.1	Die Ansässigkeit nach dem Doppelbesteuerungsabkommen	231
2.1.2	Beobachtungen aus der Beratungspraxis	232
2.2	Regelungen zur Besteuerung von Arbeitseinkommen bei international tätigen Arbeitnehmern	233
2.2.1	Besteuerungsgrundsätze nach dem Einkommensteuerrecht	233
2.2.2	Besteuerungsgrundsätze nach dem Lohnsteuerrecht	234
2.2.3	Besteuerungsgrundsätze nach dem Doppelbesteuerungsabkommen	235
2.2.4	Vermeidung von Doppelbesteuerung – Handlungsempfehlungen	236
2.3	Praxisbeispiele und Hinweise für den Arbeitgeber	238
2.3.1	Lokaler Vertrag und unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland, Lebensmittelpunkt in Großbritannien	238
2.3.2	Lokaler Vertrag und beschränkte Steuerpflicht in Deutschland, Lebensmittelpunkt im Vereinigten Königreich	239
2.3.3	Entsendevertrag nach Deutschland, unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland, Lebensmittelpunkt in Deutschland	241
2.3.4	Entsendevertrag ins Vereinigte Königreich, unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland, Lebensmittelpunkt in Deutschland	244
3	Einkommensteuerrecht – typische steuerlich berücksichtigungsfähige Aufwendungen und weitere steuerliche Besonderheiten bei Entsendungen	247
3.1	Unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	247
3.1.1	Einkommensteuerliche Auswirkungen auf die Summe der Einkünfte i. S. d. § 2 Abs. 2 EStG	247
3.1.2	Einkommensteuerliche Auswirkungen auf das Einkommen i. S. d. § 2 Abs. 4 EStG	253
3.1.2.1	Einkommensteuerliche Auswirkungen auf die festzusetzende Steuer i. S. d. § 2 Abs. 6 EStG	258
3.1.2.2	Auswirkungen auf die Veranlagungsform und den Steuersatz.	259

3.2	Beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	267
3.3	Auswirkung auf den Arbeitgeber	269
4	Außensteuerrecht – relevante Vorschriften bei Auslandseinsätzen	273
5	Hinzurechnungsbesteuerung	277
6	Erbschaftsteuerrecht – Wegfall relevanter Steuerbefreiungen für natürliche Personen	279
Teil G	Auswirkungen auf das Aufenthalts- und Arbeitsrecht durch den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der EU	281
1	Auswirkungen des Brexits im Bereich des Aufenthaltsrechts	283
1.1	Fälle sog. Alt-Briten	284
1.1.1	Ausübung eines Freizügigkeitsrechts	284
1.1.2	Besonderer Fall Grenzgänger	286
1.1.3	Familienangehörige	287
1.1.4	Anzeigeverfahren bei der Ausländerbehörde	290
1.2	Fälle sog. Neu-Briten	291
1.2.1	Anwendbarkeit des Aufenthaltsgesetzes	291
1.2.2	Erleichterter Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für die neu einreisenden britischen Fachkräfte	293
1.3	Geschäftsreisen möglich ohne Aufenthaltstitel	294
2	Auswirkungen des Austritts auf das Arbeitsrecht	295
2.1	Regelungen mit Bezug auf das Arbeitsrecht im Austrittsabkommen	295
2.2	Anwendbares Recht	295
2.3	Arbeitsrechtliche Aspekte bei Einsatz von EU-Bürgern in Großbritannien	296
2.3.1	Vertragsgestaltung	296
2.3.2	EUPW-Meldepflichten	297
2.4	Arbeitsrechtliche Aspekte beim Einsatz von Briten in Deutschland	297
2.4.1	Vertragsgestaltung	297
2.4.2	EUPW-Meldepflichten	299
2.5	Folgen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung	299
3	Schlussbemerkung	301

Teil H	Umsatzsteuerliche Auswirkungen	303
1	Vorbemerkung	305
2	Einleitung	307
3	Darstellung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Transaktionen mit dem Vereinigten Königreich aus deutscher Sicht bis zum 31.12.2020	309
3.1	Grundsätze	309
3.2	Inneregemeinschaftlicher Warenverkehr zwischen Unternehmen	310
3.2.1	Lieferung von Deutschland in das Vereinigte Königreich als inneregemeinschaftliche Lieferung	310
3.2.1.1	Inneregemeinschaftliche Lieferung – Grundfall	310
3.2.1.2	Inneregemeinschaftliche Lieferung an bestimmte Erwerberkreise	311
3.2.1.3	Inneregemeinschaftliche Lieferung neuer Fahrzeuge	311
3.2.1.4	Nachweispflichten	312
3.2.1.5	Rechnungstellung	312
3.2.1.6	Weitere Aspekte	312
3.2.2	Lieferung aus dem Vereinigten Königreich nach Deutschland bewirkt inneregemeinschaftlichen Erwerb im Inland	313
3.2.2.1	Inneregemeinschaftlicher Erwerb – Grundfall	313
3.2.2.2	Inneregemeinschaftlicher Erwerb – bestimmte Erwerberkreise	313
3.2.2.3	Inneregemeinschaftlicher Erwerb – neue Fahrzeuge	313
3.2.2.4	Inneregemeinschaftlicher Erwerb – Abwicklung	314
3.2.2.5	Grenzüberschreitende Warenbewegungen ohne Verkaufsgeschäft	315
3.2.2.6	Reihengeschäfte und Dreiecksgeschäfte	317
3.2.2.7	Konsignationslager und Warenlager	322
3.3	Inneregemeinschaftlicher Versandhandel	325
3.3.1	Rechtsslage bis 30.06.2021	325
3.3.2	Rechtsslage ab 01.07.2021	327
3.4	Inneregemeinschaftlicher Dienstleistungsverkehr	328
3.4.1	Allgemeines zum Leistungsort	328
3.4.2	Besondere Vorschriften	328
3.4.3	Mini-One-Stop-Shop-Verfahren (»MOSS« bzw. »Kleine Einheitliche Anlaufstelle« = »KEA«)	331
3.4.4	Umsatzsteuer bei Reiseleistungen	332
3.4.5	Behandlung steuerfreier Umsätze mit Leistungsort im Vereinigten Königreich für Zwecke des Vorsteuerabzugs	335
3.5	Vergütung von Vorsteuerbeträgen aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich	336
3.5.1	Anträge deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	336
3.5.2	Anträge britischer Unternehmen in Deutschland	337

3.6	Umsatzsteuerliche Registrierung britischer Unternehmen in Deutschland	337
3.7	Umsatzsteuerliche Registrierung deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	339
3.8	Umsatzsteuerliche Meldepflichten für deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit Transaktionen mit dem Vereinigten Königreich	340
3.8.1	Abgabe der Zusammenfassenden Meldung im innergemeinschaftlichen Warenverkehr und Dienstleistungsverkehr	340
3.8.2	Intrastat-Meldepflichten	341
4	Wesentliche Konsequenzen des Brexits	343
4.1	Vorbemerkung zum britischen Recht	343
4.2	Übergangszeitraum	344
4.3	Zum Nachweis der Eigenschaft als umsatzsteuerlicher Unternehmer	345
4.4	Auswirkungen auf den Warenverkehr zwischen Unternehmen	346
4.4.1	Warenlieferungen deutscher Unternehmen an Unternehmen in Großbritannien	346
4.4.1.1	Grundsatz: Ausfuhrlieferung aus Deutschland	346
4.4.1.2	Besonderheiten bei Transport durch den Abnehmer	348
4.4.1.3	Nachweisführung	349
4.4.1.4	Behandlung in Großbritannien und »DDP«-Falle	350
4.4.1.5	Hinweis zur Lieferung in andere Staaten der EU bei britischen Kunden	351
4.4.2	Warenlieferungen an deutsche Unternehmen aus Großbritannien	352
4.4.3	Hinweis zur Lieferung aus anderen Staaten der EU bei britischen Lieferanten	355
4.4.4	Weiterer Handlungsbedarf für Unternehmen – ERP-Systeme und Rechnungen	355
4.4.5	Übergangsvorschrift für Warenbewegungen in engem Zusammenhang mit dem Austrittsdatum	356
4.4.6	Auswirkungen auf Reihen- und Dreiecksgeschäfte	357
4.4.7	Besonderer Lieferort bei Einfuhren	359
4.4.8	Auswirkungen auf Warenlager im anderen Staat	359
4.4.8.1	Warenlager eines deutschen Unternehmens in Großbritannien	359
4.4.8.2	Warenlager eines britischen Unternehmers in Deutschland	361
4.4.9	Änderungen beim Versandhandel	362
4.4.10	Weiterer Sonderfall: Ausfuhr im Reisegepäck	363
4.5	Auswirkungen auf den Dienstleistungsverkehr	364
4.5.1	Use and enjoyment	364
4.5.2	Änderungen bei Bewirtungen und Verkäufen im Zusammenhang mit Personenbeförderungen	365
4.5.3	Leistungsort bestimmter Dienstleistungen an Nichtunternehmer	366
4.5.4	Steuerfreie Vermittlung	367

4.5.5	Steuerbefreiungen im Zusammenhang mit der Ausfuhr und der Einfuhr	368
4.5.6	Änderungen bei der umsatzsteuerlichen Meldung von Dienstleistungen	368
4.5.7	Zeitpunkt der sonstigen Leistung	370
4.5.8	Änderungen beim Mini-One-Stop-Shop-Verfahren	370
4.5.8.1	Britische Unternehmen	370
4.5.8.2	Deutsche Unternehmen	371
4.5.8.3	Sonderfall: Drittlandsunternehmer mit Registrierung im Vereinigten Königreich	372
4.5.9	Sonderfall Reiseleistungen	372
4.6	Veränderungen bei den Meldepflichten für deutsche Unternehmen	374
4.6.1	Zusammenfassende Meldung	374
4.6.2	Wegfall der Intrastat für Vorgänge nach und aus Großbritannien	375
4.6.3	Aufbewahrung von Unterlagen	376
4.7	Auswirkungen auf den Vorsteuerabzug deutscher Unternehmen bei Transaktionen im Zusammenhang mit dem Vereinigten Königreich	377
4.8	Vergütung von Vorsteuerbeträgen aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich	378
4.8.1	Anträge deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	378
4.8.2	Anträge britischer Unternehmen in Deutschland	380
4.9	Umsatzsteuerliche Registrierung britischer Unternehmen in Deutschland	381
4.10	Umsatzsteuerliche Registrierung deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	382
5	Anhang: Checklisten für Unternehmen	383
5.1	Checkliste 1: Grundsätzliche Relevanz des Brexits für deutsche Unternehmen aus Umsatzsteuersicht – allgemein	383
5.2	Checkliste 2: Besondere Geschäftsvorfälle	383
5.3	Anhang: To-do-Liste Brexit für betroffene deutsche Unternehmen	384
5.4	Anhang: Brexit – Notwendige Informationen für einen Antrag auf eine britische Umsatzsteuernummer (Regelfall)	384
5.5	Anhang: Nachweisführung bei Ausfuhrlieferungen nach umsatzsteuerlichen Vorschriften (vgl. §§ 8 bis 17 UStDV) – für allgemeine Fallkonstellationen	385
5.6	Anhang: Vergleich Rechnungstellung für Warenlieferung nach dem Vereinigten Königreich – vorher und nachher	390
5.7	Anhang: Vergleich Rechnungstellung für Dienstleistung nach dem Vereinigten Königreich – vorher und nachher	392
Teil I	Zollrechtliche Auswirkungen	397
1	Rechtslage bis zum 31.12.2020	399
1.1	Verhältnis von Zollrecht und Mehrwertsteuerrecht	399
1.2	Unionszollkodex als Rechtsgrundlage des Zollrechts in der EU	399
1.3	EORI-Nummer als wesentliches Identifikationsmerkmal im Zollrecht	399
1.4	ATLAS-Verfahren	400

1.5	Anmelder	400
1.5.1	Grundsätze	400
1.5.2	Vertretung	401
1.6	Zollverfahren im Überblick	402
1.6.1	Einfuhr (Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr) und allgemeine Hinweise	402
1.6.2	Versandverfahren	403
1.6.3	Vorübergehende Verwendung	404
1.6.4	Zolllagerverfahren	405
1.6.5	Freizonenverfahren	406
1.6.6	Ausfuhrverfahren	407
1.6.7	Wiederausfuhr	408
1.6.8	Aktive Veredelung	408
1.6.9	Passive Veredelung	410
1.7	Einfuhr von Waren im Vereinigten Königreich durch deutsche Unternehmen	410
1.8	Einfuhr von Waren in Deutschland durch britische Unternehmen	411
1.9	Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter	411
2	Wesentliche Auswirkungen des Brexits auf das Zollrecht	415
2.1	Vorbemerkung	415
2.2	Überblick zur Bedeutung zollrechtlicher Vorschriften für den Warenverkehr zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich	416
2.2.1	Warenlieferung aus Deutschland nach Großbritannien als Ausfuhr	416
2.2.2	Warenlieferung aus Großbritannien nach Deutschland als Einfuhr	417
2.2.2.1	Grundsätzliche Abwicklung	417
2.2.2.2	Vorsteuerabzug	418
2.2.3	Lagersachverhalte	419
2.2.3.1	Lager in Großbritannien	419
2.2.3.2	Lager in Deutschland	420
2.2.4	Versandhandelssachverhalte	420
2.2.4.1	Von Deutschland nach Großbritannien	420
2.2.4.2	Aus Großbritannien nach Deutschland	421
2.3	Auswirkungen auf die Höhe der Zollsätze und auf Präferenzen	422
2.3.1	Grundsätze	422
2.3.2	Auswirkungen bei Einfuhren britischer Waren – Zolltarif	422
2.3.3	Auswirkungen bei Einfuhren britischer Waren – weitere Probleme	423
2.3.4	Problematik Warenursprung	424
2.3.5	Mögliches Problem bei Präferenzabkommen im Übergangszeitraum	426
2.3.6	Problematik von Ausfuhrkontrollen	426

2.4	Zollrechtliche Situation im Vereinigten Königreich	428
2.4.1	Allgemeines	428
2.4.2	Problem: Kapazitätsengpässe	428
2.4.3	Denkbare Falle: Lieferbedingung DDP	429
2.4.4	EORI-Nummer im Vereinigten Königreich	430
2.4.5	Übergangsregelungen und erste Maßnahmen	430
2.4.6	Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers für Einfuhrumsatzsteuer	431
2.4.7	Aufschubkonto	432
2.5	Gemeinsames Versandverfahren	432
2.6	Status als Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter	432
2.6.1	Folgen aus Sicht der EU	432
2.6.2	Anmerkungen aus britischer Sicht	433
2.7	Anhang: Checklisten Zollrechtliche Folgen des Brexits	433
2.7.1	Checkliste 1: Grundsätzliche Relevanz des Brexits für deutsche Unternehmen aus Zollsicht – allgemein	433
2.7.2	Checkliste 2: Besondere Geschäftsvorfälle	433
2.7.3	To-do-Liste Brexit für betroffene deutsche Unternehmen	434
2.7.4	Brexit – notwendige Informationen für einen Antrag auf eine britische EORI-Nummer (Regelfall)	434
2.8	Anhang: Einheitspapier (Beispiel)	435
Teil J	Nordirland-Protokoll	439
1	Warum ein Sonderstatus für Nordirland?	441
2	Die Regelung in Bezug auf Zölle	443
2.1	Allgemeines	443
2.2	Waren, die unmittelbar aus Drittländern in Nordirland eingeführt werden	444
2.3	Waren, die direkt aus Großbritannien in Nordirland eingeführt werden	447
2.4	Direkter Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland nach dem Recht des Vereinigten Königreichs	449
2.5	Anwendung von Präferenzabkommen mit Drittländern in Nordirland	450
2.6	Waren, die nicht auf direktem Weg von Großbritannien in Nordirland eingeführt werden	452
2.7	Unionswaren, die über Großbritannien nach Nordirland verbracht werden	454
3	Die Regelung in Bezug auf die Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern	457
4	Die Regelung in Bezug auf Produktvorschriften	461

5	Auswirkungen des Handels- und Kooperationsabkommens EU-VK auf Nordirland	465
6	Checklisten für Unternehmen	467
6.1	Zollrecht	467
6.2	Umsatzsteuerrecht	469
6.3	Verbrauchssteuerrecht	470
6.4	Intrastat	471
6.5	Produktstandards	471
6.6	Dual-Use-Güter und ähnliche Beschränkungen	472
	Stichwortverzeichnis	475

Abkürzungsverzeichnis

4. UmwÄndG	Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AbzStEntModG	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz
AEntG	Arbeitnehmer-Entsendegesetz
AEO	Authorized Economic Operator
AEOC	Bewilligung »Zollrechtliche Vereinfachungen«
AEOS	Bewilligung »Sicherheit«
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ARUG II	Zweite Aktionärsrichtlinie
AStG	Außensteuergesetz
ATA	Carnet ATA (Admission Temporaire) – Zollabkommen zur vorübergehenden abgabenfreien Einfuhr von Gebrauchsgütern im internationalen Handel
ATAD	Anti Tax Avoidance Directive
ATADUmsG	ATAD-Umsetzungsgesetz
ATLAS	Automatisiertes Tarif- und Lokales Zoll-Abwicklungs-System
AufenthV	Aufenthaltsverordnung
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
B. V.	Niederländische »Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung«
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
Beck PersGes-HB	Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften
BeckOGK	Beck-online Großkommentar
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BeschV	Beschäftigungsverordnung
betr.	betreffend/betrifft
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen

Brexit-StBG	Gesetz über steuerliche und weitere Begleitregelungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der EU, das sog. Brexit-Steuerbegleitgesetz
Brexit-ÜG	Brexit-Übergangsgesetz
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern
bzw.	beziehungsweise
CbCR	Country-by-Country-Reporting / länderbezogene Berichterstattung
CCBMR	Companies (Cross-Border Mergers) Regulations
d. h.	das heißt
DAC6	Directive on Administrative Cooperation 6 – EU-Richtlinie über die Anzeigepflicht für sog. grenzüberschreitende Steuergestaltungen
DAFV	Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Deutschland und den USA aus dem Jahre 1954
DB	Der Betrieb – Zeitschrift
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DBA-UK	Doppelbesteuerungsabkommen United Kingdom
DDP	Delivery Duty Paid – Incoterm
DNotZ	Deutsche Notarzeitung
Doppelbuchst.	Doppelbuchstabe
DStR	Deutsches Steuerrecht – Zeitschrift
EGAO	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELStAM	Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
EORI	Economic Operators' Registration and Identification number – Nummer zur Registrierung und Identifizierung von Wirtschaftsbeteiligten
ErbStG	Erbschaftsteuergesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EU-UK TCA	Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem VK
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die EU, Maastrichter Vertrag, erneuert mit dem Vertrag von Lissabon
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWRA	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum

f./ff.	fortfolgend/fortfolgende
FG	Finanzgericht
FHA	Finanzhandelsabkommen
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau – Zeitschrift
FusionsRL	Fusionsrichtlinie
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GB	Großbritannien
GBP	Britisches Pfund
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GewStR	Gewerbesteuer Richtlinien
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GmbHR	GmbH-Rundschau – Zeitschrift
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht – Zeitschrift
HGB	Handelsgesetzbuch
HKA	Handels- und Kooperationsabkommen (Abkommen über Handel und Zusammenarbeit)
HS	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne des/der/dieser
i. S. e.	im Sinne eines/einer
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
Ibid.	Ibidem; gleichbedeutend mit ebenda
lStR	Internationales Steuerrecht – Zeitschrift
IWB	Internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht – Zeitschrift
JStG	Jahressteuergesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KöMoG	Körperschaftsteuermodernisierungsgesetz
krit.	kritisch

KStG	Körperschaftsteuergesetz
LG	Landgericht
lit.	littera (lat.) Buchstabe, französische Gesellschaftsform
LLP	Limited Liability Partnership
LP	Limited Partnership
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MAH GmbH-Recht	Münchener Anwaltshandbuch GmbH-Recht
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
Mio.	Millionen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
Mrd.	Milliarden
MRN	Master Reference Number
MüKoGmbHG	Münchener Kommentar zum GmbH-Gesetz
MüKoHGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
MwStSystRL	Mehrwertsteuersystemrichtlinie
n. F.	neue Fassung
NI	Nordirland
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o. Ä.	oder Ähnliches
o. g.	oben genannt
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OetkerKoHGB	Oetker Kommentar zum Handelsgesetzbuch
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
pCbCR	public Country-by-Country Reporting / öffentliche länderbezogene Berichterstattung
PLC	Public Limited Company
RdA	Recht der Arbeit
RdVfG	Rundverfügung
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom-I-VO	Rom-I-Verordnung
Rs.	Rechtssache